

Chile - Steuerreform: Höhere Steuersätze für Unternehmen seit 1.1.17 in Kraft

Von Corinna Päßgen

(GTAI) – In Chile wurde 2014 eine Steuerreform verabschiedet, die bis 2018 umgesetzt wird und bis zu acht Milliarden US-Dollar generieren soll. Insbesondere Unternehmen werden höher besteuert. Unternehmen können zwischen zwei Abgabenmodellen wählen, wobei ein Abgabenmodell für fünf Jahre beizubehalten ist.

Bei dem sistema integrado (*régimen integrado con atribución de renta*) erfolgt keine Unterscheidung dahingehend, ob Gewinne ausgeschüttet werden oder nicht. In diesem Fall wird das Einkommen eines Unternehmens ab dem 1.1.17 mit einem Steuersatz von 25% besteuert. Des Weiteren erfolgt eine Besteuerung beim Anteilseigner mit einem progressiven Steuersatz für ansässige Personen in Chile und einem Steuersatz von 35% für ausländische Investoren. Allerdings wird die vom Unternehmen entrichtete Einkommensteuer auf Ebene des Anteilseigners angerechnet. Die Gesamtsteuerbelastung beträgt demnach maximal 35%.

Bei dem sistema semi-integrado (*régimen parcialmente integrado de tributación*) wird hingegen unterschieden, ob eine Ausschüttung der Gewinne erfolgt oder nicht. Das Unternehmen wird mit einem höheren Steuersatz besteuert, der 25,5% ab dem 1.1.17 beträgt. Auf Ebene des Anteilseigners erfolgt dann erst bei tatsächlicher Gewinnausschüttung eine erneute Besteuerung mit maximal 35%. Die auf Unternehmensebene entrichtete Steuer kann allerdings dann beim Anteilseigner bis zu 65% angerechnet werden. Die Gesamtsteuerbelastung beträgt in diesem Fall maximal 44,45%.

Zum Thema:

- [GTAI-Artikel vom 19.11.14: „Chile verabschiedet Steuerreform“](#) ▶
- [Steuerreform im Überblick](#) ▶
- [Informationsseite zur Steuerreform](#) ▶



Corinna Päßgen | © GTAI

KONTAKT

Corinna Päßgen

☎ +49 228 24 993 353

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.